

THEMA: Infrastruktur zu erhalten, verlangt manches Opfer

VON JAN-PHILIPP SCHLECHT

Die Nachricht, dass der Verein für Menschen mit Behinderung 50 Jahre alt geworden ist, macht froh und überrascht zugleich. Überraschend ist es, dass die Organisation schon so lange besteht, obwohl das Thema Inklusion erst seit rund fünf bis zehn Jahren intensiver diskutiert wird. Freilich sind die Belange der Menschen mit Behinderungen schon immer Thema in der Gesellschaft. Doch das Engagement aller Beteiligten, die seit der Gründung 1968 in dem Verein gewirkt haben, kann nicht genug gewürdigt werden. Scheinbar waren sie ihrer Zeit voraus und haben schon Jahrzehnte lang das praktiziert, was erst seit der Inklusions-Debatte in den Köpfen der Gesellschaft so richtig angekommen ist.



Menschen mit einer Behinderung ganz selbstverständlich in die Gesellschaft einzubinden, ist aber Aufgabe aller. Darin besteht Konsens. Das war aber nicht immer so. Die Angebote für Familien mit behindertem Kind in den Gründungsjahren des Vereins waren haarsträubend lückenhaft. Den Gründern und vielen Mitstreitern in den 50 Jahren danach ist es zu verdanken, dass die Inklusion im Kreis Böblingen einen festen Stellenwert bekommen hat und gut organisiert ist. Doch die Nachwehen der Zeit, in der diese Denke noch nicht etabliert war, schmerzen noch heute.

Da diskutiert der Technische Ausschuss des Böblinger Gemeinderats über die Sanierung der Kongresshalle und einen dort dringend benötigten Aufzug, um die vielen Teilschosse miteinander verbinden zu können. Den gibt es bislang überall, wo er gebraucht wird. Die Architekten des Baus dachten noch nicht an Barrierefreiheit. Klar, die Summe von rund einer Million Euro für einen neuen Lift erscheint hoch. Gleichwohl gehört die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden mittlerweile zum Standard – und das ist gut so. Schließlich geht es bei alledem nicht nur um Menschen mit Behinderung, sondern auch um eine zunehmend alternde Bevölkerung. Die Folgen der Demografie zeichnen sich ab.

Wirklich spürbar aber werden sie erst in zehn Jahren und darüber hinaus. Vorbau für die Zukunft ist das Stichwort für weitere Baustellen in Böblingen und Umgebung. Die bereiten den ein oder anderen Schmerz, ja, bringen vielen aber eigentlich Vorteile, was gern ausgeblendet wird. Eine noch länger gesperrte Herrenberger Straße gefällt keinem wirklich. Doch der Hintergrund der verlängerten Baustelle ist einer, den man durchaus befürworten kann. Die Stadtwerke Böblingen verlegen in Abstimmung mit der Stadt eine neue Fernwärmeleitung auf die Hulb. Sie dient dem Anschluss von neu gewonnenen Großkunden im Technologiepark H 130.

Das Invest wurde von Fernwärmekunden auf der Diezenhalde und deren Interessenvertretern damals kritisch beäugt. Sie vermuteten, dass dafür Einnahmen aus dem Satzungsgebiet (Straßen mit Fernwärme-Zwangsanschluss) draufgehen, die woanders besser aufgehoben wären. In Form niedrigerer Preise zum Beispiel. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass die Neuverlegung gerade die privaten Fernwärmekunden freuen sollte. Schließlich ist davon auszugehen, dass große Industriekunden für die Stadtwerke lukrativ sind. Ein Geschäft also, das die wirtschaftliche Situation der Stadtwerke stabilisiert – und womöglich die privaten einmal entlasten wird.

Noch ärger mit dem Ärger wird es im Jahr 2020, wenn die Bauarbeiten auf der A 81 zwischen Böblingen-Hulb und Sindelfingen-Ost (endlich) starten. Die ohnehin schon stark belastete Autobahn-Arterie muss dann unters Messer für eine Verbreiterung und einen teilweisen Dekkel. Bis wann die Bauarbeiten abgeschlossen sein werden, war der Mittelung aus dem Verkehrsministerium dieser Tage nicht zu entnehmen. Sicher ist aber, dass bis dahin der Blutdruck bei allen Betroffenen noch weiter ansteigen wird – mit zusätzlichen Staus auf der Strecke ist zu rechnen. Durch dieses Tal der Tränen müssen alle Beteiligten durch. Sonst ist keine Verbesserung möglich.

Bei genauem Hinsehen fragt man sich welche Stabilität die Stadtwerke noch erreichen sollen?

**Nach Gewinnen von fast 6 Mio. € seit 2014 und einem prognostizierten Gewinn für 2017 von 2,45 Mio. €** decken die Einnahmen der Stadtwerke seit 2016 sogar die Millionenverluste der Bäder und Parkhäuser – und dies im Wesentlichen aus den Einnahmen der Wasser- und der Fernwärmesparte, den Sparten der Daseinsvorsorge.  
Dem Monopolisten geht es doch ausgezeichnet!

Die vielbeschworene Entlastung der Fernwärmewagnahmer durch den Anschluss von Großabnehmern ist nicht in Sicht, denn die SWBB-Preisformeln **haben keinen Bezug zur wirtschaften Entwicklung der SWBB** (z.B. auf Umsatz oder Gewinn), sondern basieren ausschließlich auf allgemeine deutschlandweite Investitions- und Energiemarkt-Indizes.

Auch sind die Großabnehmer Rabatte eher preistreibend, denn letztendlich müssen sie bei den Tarifabnehmern wieder reingeholt werden.  
Sich über diese Situation zu freuen ist leider unrealistisch.

## Lesermeinung

## Kreiszeitung, Fr. 20. Juli 2018

## Angemessene Preise für Fernwärme

Zur Verlegung einer neuen Fernwärmeleitung auf die Böblinger Hulb

Dass die Verbesserung der Infrastruktur Opfer kostet, ist unbestritten; während der Bauzeit durch Behinderungen und finanziell allemal. Allerdings, was die Einschätzung des Böblinger Fernwärmestritts betrifft, so geht der Rückspiegel in der Kreiszeitung vom 14. Juli offensichtlich von falschen Annahmen aus.

Der Zwangskundschaft der Stadtwerke Böblingen (SWBB) – die übrigens nicht nur auf der Diezenhalde zu finden ist – kam es von Anfang an überhaupt nicht darauf an, möglichst wenig zu zahlen. Vielmehr geht es, jedenfalls der Interessengemeinschaft Fernwärme, um angemessene Preise, die nachvollziehbar und transparent begründet sind, einschließlich der Kosten für Regie, Wartung, Reparaturen und Rücklagen für Unvorhersehbares, so wie das beim früheren Eigenbetrieb der Stadt eine Selbstverständlichkeit war.

Die heutige Gesellschaftsform der Stadtwerke als GmbH & Co. KG bedeutet dagegen einen gravierenden Rückschritt in

Sachen Offenheit, Transparenz und Bürger-nähe. Problematisch ist auch die Netzerweiterung Richtung Hulb, nämlich dann, wenn man die Frage nach der Finanzierung stellt. Entwickelt sich hier ein legitimes neues Geschäftsfeld der SWBB mit separater Gewinn- und Verlustrechnung oder handelt es sich um Geld, das zuvor der Zwangskundschaft ungefragt und unberechtigterweise – unter Vorspiegelung falscher Tatsachen – abgenommen wurde? Die Expansion ist ja keine Ausweitung des Satzungsgebiets mit Anschlusszwang, sondern sie beruht auf privatrechtlichen Verträgen, die eine begrenzte Laufzeit haben.

Eine dauerhafte Amortisierung der Investitionen durch Einnahmen und die Erzielung von Überschüssen ist also keineswegs gesichert. Zumal die SWBB Großabnehmern Rabatte gewährt – eine Tarifpolitik, die der ursprünglichen Absicht einer ökologisch orientierten Wärmeversorgung zuwiderläuft. Der alte einheitliche Flächentarif regte Maßnahmen zur Energieeinsparung an; der aktuelle dreistufige Grundpreis-Tarif bewirkt in den Grenzbereichen des Verbrauchs das Gegenteil.

Die SWBB sollten sich darauf besinnen, dass die Einnahmen aus dem Satzungsgebiet wirtschaftlich ihr einziges sicheres Stand-

bein sind, und sie sollten deshalb das Vertrauen dieser Kundschaft nicht weiter strapazieren.

Peter Schild, Böblingen